

Bericht

des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Bericht der Landesregierung (Nr. 134 der Beilagen) betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2018 - 2023, Fortschreibung 2020, für die 16. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages

Der Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik hat sich in der Sitzung vom 27. Jänner 2021 mit dem Bericht befasst.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf führt aus, dass die Landesregierung gemäß Art. 50a L-VG jeweils zu Beginn und in der Mitte der Gesetzgebungsperiode den Landtag über europapolitische Vorhaben zu informieren habe. Salzburg sei das einzige Bundesland in Österreich, das diese Berichtspflicht verankert habe. Europapolitik sei Regionalpolitik, denn es seien direkt wirkende Verordnungen relevant sowie Richtlinien umzusetzen. Ganz wesentlich sei es, die Möglichkeiten zu nutzen, die regionalen Interessen Salzburgs zu formulieren und einzubringen sowie Verständnis zu generieren, wenn es darum gehe, europapolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Dies müsse sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene rechtzeitig erfolgen. Der vorliegende Bericht stelle auch die grundsätzlichen Haltungen in den unterschiedlichen Bereichen dar und es werde beschrieben, wo es Fortschritte gegeben habe. In diesem Zusammenhang verweist sie auf die zahlreichen Europa-Experten im Amt der Landesregierung, die in den einzelnen Ressorts und Gremien arbeiteten und die Interessen Salzburgs vertreten. Sie spricht sich dafür aus, die europapolitische Dimension immer mitzudenken. Es gelte das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und dies müsse immer wieder eingemahnt werden. Je größer eine Einheit sei, desto verführerischer sei es, Entscheidungen nach dem Grundsatz „one size fits all“ zu fällen, ohne die regionalen Notwendigkeiten zu bedenken. Deshalb sei es wichtig, die regionalen Interessen vor Ort zu deponieren und alle Kanäle zu nutzen. In diesem Zusammenhang dankt sie Mag.^a Petz-Michez MBA für deren Arbeit. Salzburg, insbesondere der Salzburger Landtag, sei aufgerufen, sich immer wieder zu positionieren, Sichtweisen einzubringen und in einen Gesetzgebungsprozess rechtzeitig einzusteigen. Dem Ausschuss der Regionen komme diesbezüglich eine wichtige Rolle zu, um Interessen zu wahren und Partner zu suchen. Abschließend dankt sie für den europapolitischen Vorhabensbericht, der einerseits gekennzeichnet sei von Fortschreibungen und Grundsätzen, jedoch andererseits auch aktuelle Herausforderungen, wie etwa den Brexit oder die Corona-Pandemie, behandle.

Landeshauptmann Dr. Haslauer erklärt, dass mit dem Bericht eine breite Information über Rahmenbedingungen, Ziele, Erreichtes und konkrete Vorhaben vorliege. Diesbezüglich bedankt er sich bei Mag.^a Petz-Michez MBA, die Salzburg sehr aktuell über Trends, Tendenzen und Vorhaben in Brüssel informiere. Seinen Dank spricht er auch Landeshauptmann aD Univ.-

Prof. Dr. Schausberger für seine Tätigkeit im Ausschuss der Regionen aus, der dort bestens vernetzt in enger Abstimmung mit der Landtagspräsidentin die Interessen Salzburgs wahrnehme. Die Bedeutung Europas erläutert er anhand der Corona-Pandemie und der Beschaffung des Impfstoffes. Schließlich geht er noch auf die Tätigkeit von „Europe Direct“ ein und erklärt, dass Europapolitik nicht nur darin bestehe, sich als Land in Brüssel zu positionieren, sondern auch, die europäische Idee der eigenen Jugend näherzubringen.

Abg. Mösl MA bedankt sich für den vorliegenden Bericht. Die Corona-Pandemie zeige umso mehr, wie bedeutend ein geeintes Europa sei. Es sei sehr wichtig, den Menschen zu vermitteln, welche Auswirkungen ein stabiles und funktionierendes Europa auf jeden einzelnen habe.

Zweiter Präsident Dr. Huber bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Mag.^a Petz-Michez MBA ersuche er um Auskunft zur Impf-Strategie und insbesondere zur Gesundheitspolitik der EU sowie zu den Auswirkungen des Brexit auf Studierende aus Salzburg bzw. den Schüleraustausch.

Abg. Rieder erklärt, dass der Vorhabensbericht sehr aufschlussreich und vielfältig sei. Um Auskunft ersuche er, inwieweit sich Salzburg für die größtmögliche Beibehaltung der Bargeldbezahlung einsetze bzw. Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Grenzverkehr über das kleine deutsche Eck.

Landeshauptmann Dr. Haslauer erklärt hierzu, dass man keine Abschaffung des Bargeldes wolle. Entsprechende Gespräche würden auf europäischer Ebene geführt. Dies decke sich auch mit der Sichtweise der Bundesregierung. Zum Grenzverkehr erläutert er, dass die Durchfahrt über das kleine deutsche Eck derzeit problemlos funktioniere.

Abg. Heilig-Hofbauer BA sagt, dass das Motto des Berichtes „Salzburg in Europa, für Europa und mit Europa bewegen“ sehr gut zusammenfasse. Trotz aller Schwächen der Konstruktion und Unzufriedenheiten, die auch nachvollziehbar seien, müsse es das gemeinsame Anliegen und Bestreben sein, Europa zu bewegen. Dabei gehe es nicht um den Vorteil einiger weniger, sondern um die Erzielung eines Vorteils für alle.

Mag.^a Petz-Michez MBA (Landes-Europabüro) erklärt in Beantwortung der Fragen, dass Gesundheitspolitik keine Kompetenz der EU sei. Die Pandemie habe jedoch gezeigt, dass es absolut notwendig sei, sich besser zu koordinieren. Deshalb habe die EU-Kommission im vergangenen November auch eine Strategie zu einer gemeinsamen Gesundheitsunion vorgelegt. Wichtig sei in dieser Strategie, dass man in Zukunft besser auf Pandemien reagieren könne. Ein Teil dieser Strategie sei auch die Impf-Strategie, die in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten bleibe. Hinsichtlich der Beschaffung sei entschieden worden, diese gemeinsam vorzunehmen. Sie verweist im Zusammenhang mit dem Covid-Impfstoff darauf, dass € 2,8 Mrd. in Forschung und Aufbau der Produktion investiert worden seien und dass damit der Zugriff auf 2,3

Milliarden Dosen für 450 Millionen Europäer gesichert sei. Zu den Auswirkungen des Brexit erklärt sie, dass Großbritannien nicht mehr Teil des Erasmus+-Programms sei. In den vergangenen Jahren seien rund 50 Salzburgerinnen und Salzburger im Austausch mit Großbritannien gewesen. Derzeit seien acht Personen betroffen und das laufende Programm werde bis Projektende abgeschlossen. Eine Nachfolgeregelung werde derzeit verhandelt.

Der Bericht der Landesregierung betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2018 - 2023, Fortschreibung 2020, für die 16. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages wird über Antrag von Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Der Europapolitische Vorhabensbericht 2018 - 2023, Fortschreibung 2020, für die 16. Gesetzgebungsperiode wird zur Kenntnis genommen.

Salzburg, am 27. Jänner 2021

Der Vorsitzende:
HR Prof. Dr. Schöchel eh.

Die Berichterstatterin:
Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 3. Februar 2021:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.